

05. März 2013
Pressemitteilung

Bundespräsident möge Parteien auffordern : Wahlkampf nicht zu Lasten der Minderheit

Bundesinnenminister Dr. Friedrich soll die Situation in den Herkunftsländern beim Treffen der Europäischen Innenminister nachdrücklich ansprechen

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist besorgt über die zunehmend aggressiv geführte Debatte über die Zuwanderungen vorwiegend aus Bulgarien und Rumänien, die inzwischen droht, zum Wahlkampfthema zu werden. Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose wandte sich deshalb heute mit einem Schreiben an Bundespräsident Joachim Gauck mit der Bitte, einen Appell an die demokratischen Parteien zu richten, die ausschließlich gegen Roma und Sinti gerichteten Diskussionen über Kriminalität und Armutsflüchtlinge nicht weiter zum Wahlkampfthema zu machen. Durch diese Diskussion werde unsere Minderheit pauschal zu einer „öffentlichen Gefahr“ erklärt und dadurch öffentlich gebrandmarkt und massiv stigmatisiert, so Rose.

Der neue Populismus in Deutschland, der von Politikern betrieben werde, und der Vorwürfe von „Betrug bei Sozialleistungen“ und „Mißbrauch der Freizügigkeit“ bis hin zu „Asylmißbrauch“ und „Kriminalität“ erhebe, werde in der Öffentlichkeit ausschließlich auf Angehörige der Roma bezogen. Roma werden in der Folge dieser deutschen Diskussion bereits jetzt in ihren Herkunftsländern von Politikern und Medien zu Sündenböcken für die Verzögerungen bei den Verhandlungen über die Erweiterung des Schengen-Abkommens beziehungsweise bei den Beitrittsverhandlungen gemacht. Dadurch verschärft sich die Lage der Roma weiter durch erneute Ausgrenzung und Diskriminierung.

Diese Situation bereite dem Zentralrat auch deshalb große Sorge, weil gerade ältere Menschen, die den Holocaust überlebten, aufgrund dieser Zuschreibungen und nach den Anschlägen der Terrorgruppe „NSU“ wieder Angst vor rechtsextremer Gewalt haben.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bittet deshalb Bundespräsident Joachim Gauck, an die Parteien und ihre Führung ein politisches Signal zu senden, die Zuwanderung nach Deutschland nicht als populistisches Wahlkampfthema auf Kosten der Minderheit von Sinti und Roma zu führen. Dies sei auch wichtig, weil es gegenüber der Gesellschaft insgesamt notwendig sei, die verfassungsrechtlichen Schutzgarantien für die betroffenen Minderheiten deutlich zu machen, so Romani Rose.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat wiederholt erklärt, daß die Situation in den Herkunftsländern nicht in Deutschland gelöst werden könne. Zur Bewältigung der Aufgaben, die in den deutschen Städten und Kommunen für die Armutsflüchtlinge entstanden sind, ist es unbedingt notwendig, daß Bundestag und Bundesregierung diese im Rahmen des bestehenden Nationalen Aktionsplans Integration gezielt fördern. Die Einrichtungen vor Ort dürfen mit der Lage und den Anforderungen nicht allein gelassen werden, vielmehr muß die Bundesregierung jetzt den Kommunen ebenso wie den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Unterstützung durch den Nationalen Aktionsplan leisten.

Der Städtetag stellt in seinem Papier fest, daß die Städte auch ein Interesse an Zuwanderung haben, und zwar schon aus schlicht demographischen Gründen. Die Städte ziehen daraus die Konsequenz, daß den Kindern und Jugendlichen, die in die Städte kommen, die entsprechenden Startchancen gegeben werden müssen. Städte wie Berlin, Mannheim oder Duisburg haben dafür die Anforderungen im Detail formuliert, was fehlt, sind die Mittel, um die entsprechenden Programme langfristig – und nicht als kurzzeitige Projekte – umzusetzen.

Vor allen Dingen aber müsse sich die Bundesregierung bilateral und auf europäische Ebene dafür einsetzen, daß die desolante Situation von Roma in den Herkunftsländern endlich wirksam verbessert werde. Der Zentralrat fordert daher den Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, auf, bei den bevorstehenden Verhandlungen in Brüssel nachdrücklich die verantwortlichen Regierungen aufzufordern, umfassende Infrastrukturmaßnahmen einzuleiten und den gewaltbereiten Rassismus und die massive Ausgrenzung, denen die Roma wie keine andere Minderheit ausgesetzt sind, entschieden zu bekämpfen. Hier sei die Bundesregierung aufgefordert, durch Partnerschaftsprogramme mit den jeweiligen Ländern und in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union eine aktive Rolle zu übernehmen.

Herbert Heuss
Ltd. Wissenschaftlicher Mitarbeiter
herbert.heuss@sintiundroma.de